Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Rates der Stadt Wedel vom 13.07.2023

Top 5.1 Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord hier: Erläuterung des Bürgerbegehrens durch die Vertretungsberechtigten MV/2023/050

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Malsch spricht als Vertretungsberechtigter für die Bürgerinitiative und im Namen von Herrn Kloevekorn und Herrn Albrecht und erläutert die Gründe. Die Rede ist dem Protokoll beigefügt.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen aller für die Unterstützung und für das ehrenamtliche Engagement. Es gibt keine weiteren Rückfragen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Werte Wedelerinnen und Wedeler,

auch im Namen der beiden weiteren Vertretungsberechtigten – Herrn Sven Kloevekorn und Herrn Detlef Albrecht – habe ich heute Abend die Aufgabe, Ihnen persönlich die Beweggründe und Standpunkte unserer Bürgerinitiative "Nein zu Wedel Nord" zu erörtern.

Ich bin es gewohnt, vor Menschen zu sprechen, meistens in eine Kameralinse, sehr häufig bei Basketballspielen in der Steinberghalle und sogar auch schon im Rathaus oder besser auf dem Rathausbalkon auf Einladung des ehemaligen Bürgermeisters bei Feierlichkeiten einiger deutscher Meistertitel, die wir mit den Basketball-Senioren des SC Rist errungen haben.

Ich habe aber, verehrte Damen und Herren, bisher noch nicht in einer so wichtigen Angelegenheit vor Menschen gesprochen - hier im Ratssaal, ausgestattet mit dem Mandat von 2.300 Wedelerinnen und Wedelern. Ich spreche auch für diese vielen Menschen, die bereits jetzt per Unterschrift bekundet haben dass sie – so wie wir – NICHT möchten, dass das Bauvorhaben Wedel Nord wie geplant umgesetzt wird.

Braucht Wedel Wachstum? Ja, verehrte Damen und Herren! So haben wir es auch in unserer Broschüre zum Bürgerbegehren formuliert: Ja zu Wachstum, nein zu Wedel Nord. Wedel soll wachsen, aber nicht wuchern. Die Rahmenbedingungen für ein derartiges Megaprojekt liegen in Wedel nicht vor.

Nein zum Bauvorhaben Wedel Nord, weil wir glauben, dass nur die wenigsten Mitbürgerinnen und - Bürger, die jetzt hier leben, von diesem Projekt profitieren – NICHT aber die Mehrheit der Menschen, denen Gremien und Verwaltung verpflichtet sind.

ES ist noch gravierender: Für DIESE Menschen und nachfolgende Generationen würde sich das Projekt in vielen Lebensbereichen nur nachteilig auswirken.

Zentraler Punkt unserer Bürgerinitiative ist die Beobachtung, dass schon jetzt die bestehende Infrastruktur der Stadt extrem belastet - ja häufig ÜBER-lastet ist - und wir bei einer Umsetzung des Bauvorhabens mit einem kaum noch zu korrigierenden Kollaps rechnen.

Auf die zahlreichen Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern hin, die schon bei einer Info-Veranstaltung im September 2021 im Rist-Gymnasium formuliert wurden, hat es in den knapp zwei Jahren seither keinerlei nachvollziehbare Anpassungen der Planung gegeben.

Diese bisherige, von den Planenden sogenannte "Bürgerbeteiligung" wirkt wie eine Alibi-Veranstaltungen mit dem Zweck, hinterher sagen zu können, man habe die Bürger eingebunden.

Meine Damen und Herren, auch bei diesem Bauvorhaben haben berechtigte Kritik und Fragen NICHT dazu geführt, dass die projektbezogenen Rahmenbedingungen ausreichend beleuchtet und an die Dimensionen des Bauvorhabens angepasst wurden.

Dieses "Augen-zu-und-durch-Prinzip" endete schon zuletzt bei Großprojekten der Stadt mit – lassen sie es mich freundlich formulieren – großem Misserfolg, was die Glaubwürdigkeit der alten Gremien beschädigt und Politikverdrossenheit verstärkt haben dürfte.

Werte Damen und Herren des neuen Rates, machen Sie Schluss mit diesem Vorgehen.

Ergreifen Sie bei diesem Projekt VORAB das Heft des Handelns, bevor Sie nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts eben nur noch sehr eingeschränkt gestalten könnten.

Nehmen sie als abschreckendes Beispiel dafür gerne den Hafen - wo derzeit Millionen dafür aufgewendet werden müssen, massive Planungsfehler wieder auszubügeln.

Auf die Frage, wie das "gut durchdachte Verkehrskonzept" für dieses Großprojekt denn aussehen soll, haben Sie, verehrte Ratsmitglieder offenbar keine Antwort bekommen. Die Erklärung folgte auf Nachfrage: ES GIBT KEINS!

Prinzip Hoffnung bei so einem ZUKUNFTSVERÄNDERNDEN Projekt? Wirklich?

Es ist noch gar nicht so lange her, dass fraktionsübergreifend in großer Einigkeit folgende Aussage postuliert wurde: Wedel Nord nur mit Nordumfahrung!

Ein auch aus unserer Sicht verantwortlicher Standpunkt. Nachdem klar war, dass es keine Nordumfahrung geben wird, hieß es dann überraschend aus den meisten Fraktionen, Wedel Nord müsse nun TROTZDEM gebaut werden.

Das halten wir für einen weniger verantwortlichen Standpunkt, der KLAR im Widerspruch zu früheren Äußerungen der Politik steht.

Was nicht passt, wird NICHT ETWA passend gemacht, sondern muss nun trotzdem irgendwie gehen.

Zu den konkreten Auswirkungen von zusätzlichem Verkehr aus dem ersten oder dem zweiten oder aus beiden Bauabschnitten konnten wir keine Hinweise finden. Zu lesen ist nur der lapidare Satz, der Pkw-Verkehr werde nachweislich im bestehenden Straßennetz aufgenommen. Genauso gut könnte dort stehen, Autos fahren nachweislich auf Straßen, das wissen wir.

- Dieses Vorgehen ist im Prinzip ein implizites Eingeständnis, dass man offenbar bereit ist, an ohnehin belasteten Knotenpunkten längere Staus, mehr Stress sowie höhere Luftbelastungen und Unfallgefahren für Schulkinder in Kauf zu nehmen.

Investoren-Gutachten hin oder her, alle Nutzer unseres Straßennetzes, die in Wedel bereits jetzt nicht nur zu Stoßzeiten im Stau stehen, wissen aus eigener Erfahrung, dass sich die verkehrliche Situation schon durch den aufgrund des ersten Bauabschnittes zu erwartenden Mehrverkehrs massiv verschlechtern würde. Es gibt ja keine neuen Entlastungsstraßen, und uns fehlt auch die Fantasie, wo diese den eigentlich verlaufen sollten.

Der nächste massive Kritikpunkt ist die laut Rahmenplan vorgesehene, erhebliche Flächenversiegelung. Zubetonierte und asphaltierte Böden nehmen keinen Regen mehr auf und können keine Feuchtigkeit verdunsten, was zu weniger Grundwasser und weniger Kühlung der Luft führt. Lebensräume für Pflanzen und Tiere gehen verloren.

Sogar unser Ministerpräsident Daniel Günther hat zuletzt klar gefordert, in Schleswig-Holstein die Flächenversiegelung deutlich zu reduzieren. Benötigter Wohnraum solle bevorzugt durch Nachverdichtungen und das Bauen in die Höhe statt in die Breite geschaffen werden.

Das Projekt Wedel Nord steht in diesem Zusammenhang dem für zukünftige Generationen immer wichtiger werdenden Flächen- und Klimaschutz entgegen und ist in der geplanten Form nicht mehr zeitgemäß.

Was versprochen wird, sind 10 ha Naturfläche als Erholungsraum für die bis zu 3.000 neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und an dieser Stelle kommen wir dann auch auf eine grundlegende, systematische Schwäche des Verwaltungsentwurfes für die Stellungnahme des Rates zum Bürgerentscheid zu sprechen:

Einerseits wird trotz des beschlossenen Rahmenplans, der bis zu 1.000 Wohneinheiten auf ca. 53 ha Fläche in einem ausdrücklich nicht autofreien Wedel Nord vorsieht, behauptet, dass zunächst nur der ERSTE Bauabschnitt realisiert werden solle. Das wäre schon aufgrund der beschlossenen neuen Schule am Westrand des zweiten Bauabschnittes widersinnig.

DANN werden die zum Großteil aus dem Erläuterungsbericht zum Rahmenplan entnommenen Versprechungen der Investoren wiederholt, die sich teilweise aber eben auf die Realisierung BEIDER Bauabschnitte beziehen. Als Beispiel seien die oben erwähnten 10 ha Naturfläche genannt, die es mit Sicherheit nicht gäbe, wenn man nur den 26 ha großen, ersten Bauabschnitt realisieren würde.

Auch weitere Versprechungen der Befürworter des Bauprojektes sind nicht durch die bisherige Planung oder klare Zahlen unterfüttert. Fragwürdig erscheinen uns und unseren 2.300 Unterstützern folgende Thesen, auf die wir hier nur kurz eingehen wollen:

Die versprochene ÖPNV-Anbindung soll das neue Baugebiet mit der Stadt verbinden. Das Problem ist, dass es bisher keinerlei Zusagen des KViP über eine Ausweitung des bestehenden Busbetriebes gibt. Diese ist auch in Zukunft Sache der Verkehrsbetriebe und kann nicht erzwungen werden. Auch hier also das Prinzip Hoffnung?

Mit keinem Wort gehen die Planer darauf ein, dass das BESTEHENDE Infrastruktur-Angebot für unsere Einwohner schon jetzt überlastet ist. Und das gilt nicht nur für Container-Schulen und überfüllte Kitas, sondern etwa auch für Sportstätten. Ein zentrales Thema in unseren vielen Gesprächen während der Unterschriftensammlung zum Bürgerbegehren war eine elementare Sorge der älteren, hier lebenden Menschen:

Die aktuellen MONATE-lange Wartezeiten für Facharzt-Termine – werden wohl bei Tausenden neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger demnächst in JAHREN gemessen werden müssen.

Welche Auswirkungen hätte das Mammut-Bauprojekt mit seinen bis zu 3.000 neuen Einwohnerinnen und Einwohner auf die Nutzbarkeit der sozialen Infrastruktur für die bereits hier lebenden Wedelerinnen und Wedeler, auf die es Ihnen allein ankommen sollte? Dazu hören wir nichts!

Die aktuelle Situation an Wedels Schulen ist bereits jetzt kritisch und in der Bewertung vieler Eltern nicht mehr tragbar. Schulcontainer bestimmen das Bild, sie stehen auf Flächen, wo einst Schulhöfe für die Kinder waren. Eine neue Schule wird schon durch den Zuzug in den ersten Bauabschnitt erforderlich. Aber wo, verehrte Damen und Herren im Rat, soll diese Schule entstehen, wenn der zweite Bauabschnitt gar nicht kommen sollte?

In ähnlich marodem Zustand wie die Schulen befinden sich Wedels Sportstätten. Kapazitäten und Verfügbarkeiten sind bereits jetzt restlos ausgereizt, der SC Rist musste gerade erst einen Aufnahmestopp beschließen.

Neue Fachärzte fallen ebenso wenig vom Himmel wie Lehrer und Erzieherinnen. Das beschriebene Problem Facharztmangel sehen Arztpraxen in Wedel genauso wie wir, sie haben uns bei unserer Unterschriftensammlung sogar unterstützt.

Alles, was die Verwaltung in ihrer Vorlage zu Wedel Nord verspricht, sind zunächst einmal nur unverbindlichen Willenserklärungen, die ursprünglich auf die Investoren zurückgehen.

Der Unternehmensberater, der die Sparvorschläge für die Stadt erarbeitet hat, soll sich dahingehend geäußert haben, dass Wedel derzeit weit davon entfernt sei, Großprojekte wie Wedel Nord planerisch und finanziell zu stemmen.

Laut Verwaltungsvorlage würde sich Wedel Nord entspannend auf den Wedeler Wohnungsmarkt auswirken und einen weiteren Anstieg der Mieten bremsen. Wir gehen hingegen davon aus, dass der Wohnungsmarkt im Hamburger Speckgürtel derartig angespannt ist, dass ein im Vergleich zum Gesamtbedarf dann doch eher kleines Projekt wie Wedel Nord die gewünschten Effekte nicht erzielen würde, wie es

auch schon der bisherige, durchaus umfangreiche Wohnungsbau der letzten Jahre in Wedel nicht vermocht hat.

Wenn gesagt wird, eine Studie habe 2016 einen zusätzlichen Wohnungsbedarf von ca. 2.600 Wohnungen bis 2030 errechnet, wird verschwiegen, dass bis heute sicher schon die Hälfte dieser Wohnungen gebaut wurde und hunderte weitere gerade im Entstehen sind, die nach Bezug ebenfalls die Infrastruktur belasten werden.

Warum wurden all diese durchschlagenden Bedenken nicht von der Politik aufgenommen? Eine mögliche Erklärung ist aus unserer Sicht, dass für die zentralen Fragen bei diesem Bauprojekt wie dem Verkehrskollaps, der umfassenden Versiegelung von Grünflächen sowie der Überlastung bestehender Bildungs-, Medizin-, Sport- und Kulturangebote derzeit gar keine realistische Lösung in Sicht ist.

Noch haben Sie, verehrte Ratsmitglieder, die Chance dieses noch in vielen weiteren Punkten, die jetzt den Zeitrahmen sprengen würden, fragwürdige und nicht zu Ende gedachte Projekt um mindestens zwei Jahre nach hinten zu verschieben und einen planerischen Neustart zu unternehmen, der endlich die Sorgen, Nöte und Einwände von uns "Bestandsbürgern" ernst nimmt und berücksichtigt.

Ausgestattet mit dem Mandat von 2.300 potentiellen Abstimmenden sowie hoher Motivation betrachten wir es als ehrenvolle Aufgabe, eine basisdemokratische Abstimmung herbeizuführen. Es war schon im Rahmen der Unterschriftensammlung äußerst positiv zu sehen, wie groß das Interesse an dieser Möglichkeit der Einflussnahme war. Für den Bürgerentscheid sind wir gut aufgestellt. Unsere Planungen für den Wahlkampf laufen bereits und werden auch von neu gewonnenen Unterstützern begleitet.

Mit einer Zustimmung zum Abhilfebeschluss würden Sie heute einen Aufbruch in bessere Zeiten für Wedel beginnen: Zeiten in denen erst verantwortungsvoll und umfänglich geplant wird und DANACH die Umsetzung beginnt.

Aber wie wir aus der Zeitung erfahren mussten, steht Ihr Votum schon fest. Trotz aller Bedenken wollen mit Ausnahme der WSI und der Grünen ALLE ANDEREN PARTEIEN Wedel Nord umsetzen.

AN SIE GEHT diese bittere Erkenntnis: Bei der aktuellen, großen Politikverdrossenheit, bei DER die Bevölkerung politischen Mandatsträgern wie Ihnen dann wohl zu Recht Volksnähe abspricht, hätten SIE in diesem neu gewählten Wedeler Rat ein Zeichen setzen können: Unsere Politik hört auf die Bedenken der

Bürgerinnen und Bürger und ist flexibel genug, ihre Meinung zu kritischen Beschlüssen zu ändern, sich auf einen neuen Dialog einzulassen und so verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Diese Chance werden sie heute wohl verspielen, was dann leider beweist, dass Sie genauso weitermachen wie der alte Rat, der uns diese rücksichtslose Planung eingebrockt hat.

Auch ihnen muss man verantwortungslose, fast schon naive Investorenhörigkeit attestieren.

Auch Ihnen ist nicht zuzutrauen, dass Sie im Bauleitplanverfahren sicherstellen würden, dass die vielen vollmundigen Versprechen, die die Verwaltung von den Investoren abgeschrieben hat, auch eingehalten werden.

So können wir Ihnen nicht vertrauen, so kann die Bevölkerung Ihnen nicht vertrauen, und das ist genau der Grund, warum wir Ihnen die Entscheidung aus der Hand nehmen mussten. Wir sehen uns beim Bürgerentscheid am 8.10.

Wir bedanken uns für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.